

Wochenende

Güzin Kar

So kommen Girls bei Boys gut an: die schlimmsten Tipps.

34

Wissen

Stephen Cairns baut Häuser, die schön zugrunde gehen.

46



Ferien-Forscherin

Christine Syrek sagt, wie man am besten ausspannt.

33



Kultur

In Papua-Neuguinea sind auch alltägliche Dinge Kunstwerke.

35

Demokratie, ein Auslaufmodell?

Politik setzt auf Show, die Medien bewirtschaften die Empörung, die Nation verliert an Relevanz:

Vieles deutet darauf hin, dass die Volkssouveränität ihre besten Zeiten hinter sich hat. *Ein Essay von Jakob Tanner*

Die Geschichtswissenschaft ruft nicht, sie fragt. Sie richtet nicht, sie berichtet und interpretiert. Sie erschöpft sich nicht in Gegenwartsfragen, kann und soll diesen aber auch nicht ausweichen. Als drängend erweist sich insbesondere die aktuelle Diskussion, ob die Demokratie überleben wird in einer Welt, in der sich die Staaten seit einigen Jahrzehnten mit neuen mächtigen Akteuren und politischen Herausforderungen konfrontiert sehen. Kann die «Volkssouveränität» die Krise, in der sie heute steckt, überleben, oder haben wir uns mit einer «Postdemokratie» abzufinden?

Das Nachdenken über Souveränität ist älter als das Konzept der «Volkssouveränität». Die meist kriegerischen Prozesse zur Staatsbildung lassen sich mit einer pointierten Formulierung des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Charles Tilly als «organisierte Kriminalität» im Kampf um Souveränität verstehen. In der Aufklärung tauchen zwei neue, politisch hoch produktive Begriffe auf, jener der Gleichheit und jener der Gesellschaft. Es war Jean-Jacques Rousseau, der sich in den 1860er-



Jakob Tanner

Der Historiker an der Universität Zürich wird am 1. August emeritiert. Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung seiner Abschiedsvorlesung.

Jahren das Verfahren zur Herstellung des Gemeinwillens als Sozialvertrag unter Gleichen ausdachte. Zentraler Punkt bei Rousseau ist, dass es kein Volk gibt, das schon da ist und sich nur noch seine eigenen Gesetze geben muss. Volk und Gesetz entstehen in einem Akt. Der Demos, das Volk, bringt zwingend eine Kratie, eine Herrschaft, hervor - «Volk» hatte nie etwas mit Anarchie zu tun, aber immer mit Ordnung.

Die Volonté générale, die Rousseau im Kopf hatte, ergibt sich folglich nicht dadurch, dass gut meinende Menschen sich auf einen gut gemeinten Gemeinwillen einigen würden. Ausgangspunkt sind die Menschen, «wie sie sind», das heisst beschränkte, partikular denkende, eigensinnige, von vielfältigen Interessen bewegte und möglicherweise auch böse Menschen. Immanuel Kant testete deshalb das Verfahren demokratischer Gesetzgebung experimentell mit einem «Volk von Teufeln» und zeigte, wie der Ausgleich gegensätzlicher Bestrebungen dieser Inkarnationen des Bösen auf egalitärer Grundlage ein Gemeinwohl hervorbringen vermag. Ähnlich wie der Marktmechanismus bei Adam Smith mit «unsichtbarer Hand» unterschiedliche Interessen der Akteure zum höchsten Gemeinwohl führt, ging man in der Aufklärung davon aus, dass aus dem demokratisch regulierten Zusammenspiel freier und gleicher Menschen ein wünschbarer Gesamtzustand hervorgehen würde. Der optimistische Fortschrittsglaube ist in dieser Annahme unschwer zu erkennen.

Zweifel an der Vernunftmaxime

Schon im beginnenden 19. Jahrhundert nagten dann aber Enttäuschungen an der Vernunftmaxime. Dazu trug die Französische Revolution mit all ihren nicht beabsichtigten Nebenwirkungen bei. Die Volkssouveränität sah sich mit einer Gesellschaft konfrontiert, die sich arbeitsteilig und hierarchisch entwickelte und in der die Klassegegensätze zunahmen. Die demokratische Gleichheit der Citoyens rieb sich an der sozialen Wirklichkeit der modernen, kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaft und an der Figur des Bourgeois.

Ausserdem zeigte sich, dass sich eine Gesellschaft aus systematischen Gründen nicht vollumfänglich selber regieren kann. Der Bereich des Nicht-Kontrollierbaren, der das politisch Entscheidbare beschneidet, kann so gross werden, dass er das Geschehen beherrscht: Hunger- und Wirtschaftskrisen sowie Staatsbankrotte, welche das Gemeinwohl



In der Demokratie dürfen alle mitbestimmen. Fast alle (1933). Fotos: Museum für Gestaltung Zürich, Plakatsammlung

untergraben, gehören ebenso dazu wie die rasante Veränderung von Arbeitsmärkten, Beschäftigungs- und Lebensformen im Zuge des Wirtschaftswachstums und der weltwirtschaftlichen Integration.

Dazu waren nationalstaatlich verfasste oder imperial regierte Gesellschaften nie deckungsgleich mit einem «Volk». Es stellte sich das Problem, auf welche rechtlichen Mindestgarantien Minderheiten zählen können, wenn sie durch Mehrheitsentscheidungen diskriminiert werden. Es musste, mit andern Worten, die Rolle des Rechtsstaates und der Verfassungsgerichtsbarkeit in ihrem Verhältnis zur Volkssouveränität geklärt werden. Diese Frage wurde deshalb dringend, weil im 19. Jahrhundert historische Mythen und völkische Herkunftslegenden immer wichtiger wurden. Der US-Historiker Patrick Geary spricht in diesem Zusammenhang vom «Giftmüll» des ethnischen Nationalismus mit seinen gewaltträchtigen Reinheits- und Säuberungsfantasien. Ein Effekt dieser veränderten Wahrnehmung bestand darin, dass immer mehr Menschen als «Ausländer» markiert wurden.

Wenn wir die grosse Erzählung der Volkssouveränität durch diese drei störenden gesellschaftli-

chen Entwicklungen ergänzen, gelangen wir zu einer historisch informierten Theorie der modernen Demokratie. Mit dem Philosophen Claude Lefort lässt sich sagen, dass Demokratie «eine Gesellschaftsform ist, in welcher Menschen einverstanden sind, mit der Herausforderung der Ungewissheit zu leben», und «in der die politische Aktivität auf Grenzen stösst».

Die Reputation ist immer noch hoch

Was heisst nun, vor diesem Hintergrund besehen, «Postdemokratie»? Der Begriff wurde in den 1990er-Jahren vom Philosophen Jacques Rancière eingeführt und 2004 durch den Politikwissenschaftler Colin Crouch popularisiert. Crouch stellt eingangs einen Widerspruch fest: Die Demokratie ist heute mehr denn je ein internationales Leitbild von hoher Reputation. Gegenläufig herrscht das Gefühl vor, dass es mit ihr allenthalben nicht zum Besten steht. Im Endeffekt ist die Input-Orientierung - die Legitimation aller wichtigen Entscheidungen durch demokratische Prozeduren - einer Output-Orientierung gewichen, nach dem Motto «Ende gut, alles gut». Kein Nationalstaat vermag

eine absturzgefährdete internationale Grossbank mit Volksinitiativen oder aufgrund parlamentarischer Vorstösse zu retten. Dasselbe gilt für die Rettung eines hoch verschuldeten Staats ohne jede Aussicht, die Schulden bedienen zu können. Bei solch wichtigen Aufgaben kann die Volkssouveränität schlicht zusammenpacken.

Mit diesem Wandel entsteht der diffuse Eindruck einer Doppelung. Von aussen sehen wir nach wie vor demokratische Prozeduren wie freie und faire Wahlen, Parlamentsdebatten, Gewaltentrennung und Rechtsstaatlichkeit. Im Innern hat sich aber der Modus des Policy-making unmerklich und hintergründig geändert: Das Bild einer «marktkonformen Fassadendemokratie», in der Politik zu Showbusiness, Marketing und Management wird, gewinnt an Plausibilität. Die vom Künstler und Philosophen Guy Debord in der Konsumsphäre beschriebene «Société du spectacle» (1967) bemächtigt sich der Politik. Die politische Berichterstattung gerät in den Sog von Personalisierung und Shitstorms. Es gelten die Gesetze der permanenten Kampagnenführung, der Empörungsbewirtschaftung, der Skandalinszenierung und einer hyperventilierenden Newsproduktion. Politiker brauchen professionelle Beratung, um in diesem hektischen Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit überhaupt mithalten zu können. Die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen sinkt - ob als Resultat grassierender Politikverdrossenheit, Frustration und Desillusionierung oder aufgrund passiver Zustimmung, darüber wird dann noch gestritten.

Weiter ausgreifende Analysen öffnen den Blickwinkel auf den globalen Kapitalismus und sehen in den weltweit operierenden Unternehmen und im globalen Finanzmarkt den Treiber zur Veränderung der Demokratie. Aus dieser Sicht hat die Macht des Volkes vor der Übermacht des Kapitals kapituliert. Die grossen, international operierenden und ausschliesslich der Maximierung des Shareholdervalues verpflichteten Firmen kolonisieren den politischen Raum der Nationalstaaten. Die Gemeinwesen unterbieten sich im Standortwettbewerb, die Macht verlagert sich vom Politischen in die Privatwirtschaft, ohne dass je ein offener Angriff auf die Demokratie stattfindet. Im Gegenteil: Dieser Vorgang ist oft von einer direkt-demokratischen Rhetorik begleitet.

Die Italianisierung Europas

Diese Vorgänge lassen sich in die Zeit nach dem Boom der ausgehenden 1970er-Jahre zurückverfolgen. Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, der immer wieder die Rolle als europäischer Seismograf gespielt hat, zeigt dies in seiner Essayammlung «Ach Europa» am Beispiel Italiens auf. Lustvoll beschreibt er die kleinkorrupte Effizienz der Galoppini im Dschungel einer Me-ne-frego-Bürokratie und schildert die nie versiegende Nachfrage nach Magiern auch bei bestandenen Politikern. Enzensberger beschreibt die groteske Funktionsstörung der Münzfabrikation mit dem Resultat, dass dem ganzen Land während Jahren das Kleingeld ausgegangen war. Und er zeigt auf, wie die fünf demokratischen Pfeiler der Italienischen Republik von 1946 wegbrechen: Die Ziele Souveränität, Regierbarkeit, Planbarkeit, Vollbeschäftigung und Gerechtigkeit gehen unter in Sparprogrammen «auf Kosten der Schwachen».

Enzensberger erkannte bereits Anfang der 1980er-Jahre die länderübergreifende Dynamik dieser Prozesse und sprach von einer bevorstehenden «Italianisierung Europas». Er sah Italien nicht als Modell, sondern als «unkalkulierbaren, produktiven, fantastischen Tumult», der Angst und Bewunderung, zugleich aber auch Entsetzen und Neid auslöse. Deutschland, Grossbritannien und Finnland, die so viel «in ihre wohlgeordneten Systeme investiert» hätten, seien vorerst gar nicht in der Lage, «es den Italienern gleichzutun». Das italienische «Laboratorium der Postmoderne» werde erst dann seinen Weg durch Europa machen,

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Demokratie, ein Auslaufmodell?

«wenn uns gar nichts mehr anderes übrig bleibt». Damit verweist er auf die Krise der Souveränität: Motor der Veränderung nationalstaatlich organisierter Gesellschaften ist nicht vorausschauendes und «volksouveränes» Entscheidungshandeln, sondern Problemdruck und Anpassungszwang.

Enzensbergers Analyse ist vor allem deshalb interessant, weil er das Problem nicht auf den «italienischen Volkscharakter» zurückführt. Vielmehr erhob er den Anspruch, anhand Italiens eine allgemeine Problematik zu beschreiben, «mit der bisher noch niemand fertig geworden ist und für die auch keine brauchbare Theorie zur Verfügung steht». Rancière, Crouch und Dutzende weiterer Politologen, Politphilosophen, Historiker und Soziologen haben mittlerweile Ansätze zu dieser Theorie geliefert. Sie haben zu einer Vielfalt von Paralleldiagnosen geführt, wie etwa Antipolitik, Placebo-Politik, Expertokratie, «Counter-Democracy», simulative Demokratie, Surrogat-Demokratie oder Refeudalisierung. Alle setzen unterschiedliche Akzente, aber fokussieren auf dasselbe grosse Problempanorama der Postdemokratie.

Kein Zugang für Frauen und Arme

Trifft diese Analyse auch auf die Schweiz zu, die sich selber als «Urgestein der Demokratie» sieht? Hier wurde die Volkssouveränität immer wieder und meist von rechts zum Wahrheitsanker stilisiert. Dabei legt der historische Blick die These nahe, dass das politische System der Schweiz in verschiedener Hinsicht schon immer «postdemokratisch» funktionierte, in einiger Hinsicht auch vordemokratisch: Der Volkssouverän war hier lange Zeit äusserst beschränkt. Das republikanische Staatsverständnis kombinierte das egalitaristische Prinzip mit harten Ausschlusskriterien. Die 1848 eingeführte Volksherrschaft schloss die Frauen noch während 123 Jahren aus. Dazu kamen um die 5 Prozent verarmte Bürger und Konkursiten, welche die politischen Aktivrechte einbüssten, und weitere Randgruppen, denen der Zugang gleichermassen verwehrt wurde. 1884 wies eine vom Bundesrat durchgeführte Untersuchung nach, dass 10 Prozent der stimmberechtigten Schweizer gar nicht erst in den Stimmrechtsregistern auftauchten.

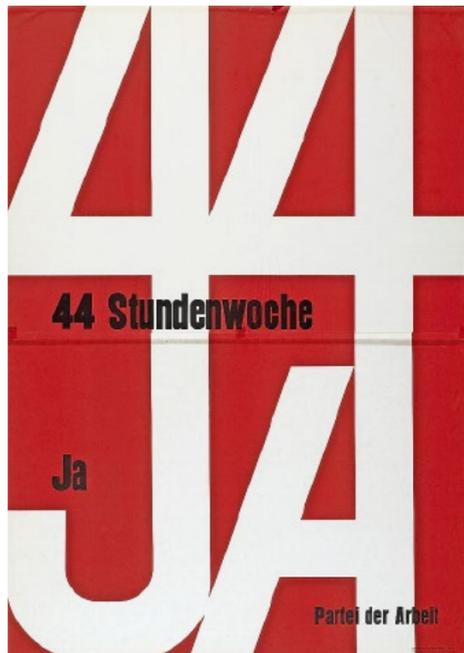
Ausserdem herrschte in der Schweiz, was die Verfassungsmässigkeit der Regierungsaktivität anbetrifft, während der beiden Weltkriege und darüber hinaus ein Vollmachtenregime, das zwar durch das Bundesgericht gedeckt wurde, jedoch in der Verdrängung des Verfassungsrechts durch Regierung und Experten weiter ging, als dies in den meisten Krieg führenden Staaten der Fall war. Zaccaria Giacometti, Staatsrechtler und Mitte der 1950er-Jahre auch Rektor der Universität Zürich, sprach mitten im Zweiten Weltkrieg von einer «kommissarischen Diktatur der Bundesbürokratie» mit «autoritären und totalitären Tendenzen». Dass der Bundesrat noch Jahre nach Kriegsende nicht vorhatte, zur verfassungsmässigen Ordnung zurückzukehren, spricht Bände. Wie schon in den 1930er-Jahren wurde die direkte Demokratie auch in der Nachkriegszeit immer wieder durch Dringlichkeits- und Notrecht eingeschränkt. Die Währungspolitik war seit Mitte der 1970er-Jahre für ein Vierteljahrhundert schlicht verfassungs- und gesetzeswidrig. Und für die den Staat mit gigantischen Risiken konfrontierende «implizite Staatsgarantie» für die für einen Bankrott einfach «zu grossen» Grossbanken gab es bis vor kurzem auch keine Verfassungs- und Gesetzesgrundlage, sodass 2008 im Fall der UBS auf die konstitutionelle Notrecht Klausel zur «Bewältigung ausserordentlicher Lagen» zurückgegriffen werden musste, die explizit für schwere Unruhen, militärische Bedrohungen, Naturkatastrophen und Epidemien gedacht war.

Das «heimliche Imperium» der Schweiz

Mit den starken Interessengruppen und einem ausgebauten Lobbying funktionierte die Schweiz schon vor dem Ersten Weltkrieg als Verbands- und Verhandlungsdemokratie. Organisierte Interessen konnten jederzeit Referenden einreichen und spielten dieses Drohpotenzial in ausgedehnten «vorparlamentarischen Vernehmlassungsverfahren» aus.

Dazu waren die externen Einflüsse immerzu vorhanden und prägten in vielen Fällen die Politik der Schweiz – historisch etwa bei der Judenemanzipation, dem Gotthardvertrag und der Patent- und Betäubungsmittelpolitik. In der Nachkriegszeit zeigte sich das auch in der Wirtschafts- und Währungspolitik, seit den 1980er-Jahren bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, neuerdings in der Steuerpolitik und beim Bankgeheimnis. Die Ausenabhängigkeiten und -verflechtungen waren primär einer Wirtschaft geschuldet, die weltweit über ein «heimliches Imperium» verfügt und ziemlich gross ist, auch wenn sie sich immer wieder als «kleine offene Volkswirtschaft» drapiert.

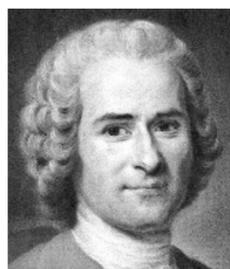
Nach 1992 zeigte sich diese Ausensteuerung besonders eindrücklich. Der Volkssouverän lehnte damals den Beitritt des Landes zum Europäischen Wirtschaftsraum knapp ab. Es war beeindruckend, mit welchem Tempo die gescheiterte Eurolex in Swisslex umgetauft und im neuen Konzept des Bilateralismus nichtsdestotrotz umgesetzt wurde, und es spricht ja auch nichts dagegen, wenn sich ein weit stärker als die meisten EU-Mitglieder mit Europa verflochtenes Land an transnationale Normen und ein gemeinsames Regelwerk hält. Dass Parlament und Regierung Ende 1996 die Unabhängige Expertenkommission Schweiz - Zweiter Welt-



Der Kampf für die Arbeiterrechte fand in der Schweiz an der Urne statt: 44-Stunden-Woche (1958).



Bis vor kurzem waren alle Versuche chancenlos, das Bankgeheimnis aufzuheben: Bankeninitiative (1984).



Jean-Jacques Rousseau beschreibt, wie Volk und Gesetz in einem Akt entstehen.

Philosoph und Autor, 1712-1778



Colin Crouch stellt fest, dass es heutzutage mit der Demokratie nicht zum Besten steht.

Politologin, geboren 1944



Die Hälfte der Bevölkerung war bis 1971 von der Macht ausgeschlossen: Frauenstimmrecht (1948).



Die Europafrage beschäftigt uns schon lange - und wird uns noch lange beschäftigen: Europafest (1996).



Immanuel Kant testet die Gesetzgebung einer Demokratie mit einem «Volk von Teufeln».

Philosoph, 1724-1804



Saskia Sassen moniert die Zunahme der nationalen Kompetenz in der Migrationspolitik.

Soziologin, geboren 1949

krieg (auch Bergier-Kommission genannt) einsetzen und damit zum ersten Mal eine vertiefte Auseinandersetzung mit dieser verdrängten Vergangenheit wagten, wurde ebenfalls von aussen erzwungen. Noch im Frühjahr 1996 hatten Bundesbern und Bankenplatz geistig im Kalten Krieg agiert und geglaubt, das Ansinnen abschmettern zu können. Dasselbe Schauspiel erlebte man bei der formlosen Umstellung des Bankgeheimnisses auf den automatischen Informationsaustausch. Sie schloss sich beinahe nahtlos an einen geharnischten Ausspruch des damaligen Finanzministers Hans-Rudolf Merz an, wonach sich das Ausland am Schweizer Bankgeheimnis «die Zähne ausbeissen» solle. Die Schweiz kam nicht via Volkssouveränität in der Welt internationaler Tax-Compliance an, sondern durch Druck von aussen.

Das kleinste Übel

Die Schweiz ist ein gutes Beispiel dafür, dass Demokratie in ihrer historischen Entwicklung und Entfaltung keine perfekte Umsetzung der frühbürgerlichen Utopie der Volkssouveränität ist. Der demokratische Grundsatz gleicher Teilhabe und die hierarchische Struktur einer bürgerlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Wirtschaft standen sich nicht entgegen, sondern verschränkten und durchdrangen sich wechselseitig. Das schränkt Demokratie ein, macht sie aber gleichzeitig robust. Vieles von dem, was heute unter dem Label «Postdemokratie» beklagt wird, gehört zum ganz normalen politischen Betriebssystem der real funktionierenden Demokratie der Schweiz.

Dem Historiker kommt bei einer solchen Betrachtungsweise die ideale Messlatte abhandeln, und es drängt sich auf, die Demokratie aus der Logik des «kleineren Übels» heraus zu verstehen. Von Winston Churchill stammt ja der Satz: «Democracy is the worst form of government except for all those others that have been tried.» Solange die Demokratie funktioniert, und sei es auch noch so unvollkommen, passiert nichts Schlimmeres. Dieser «hochgemute Pessimismus», der die kollektive Befindlichkeit der Schweiz in starkem Ausmass geprägt hat, bringt uns auf den dritten Punkt: Auf

Die Volkssouveränität lässt sich nicht kleinkriegen.

dieser demokratischen Achterbahn sind Prozesse reversibel, die Volkssouveränität lässt sich sozusagen nicht kleinkriegen.

Was bleibt in diesem Licht von der These einer Postdemokratie übrig? Es zeigt sich deutlich, dass die meisten Beschreibungen eines Übergangs in eine Postdemokratie nur plausibel sind, wenn sie sich auf die Nachkriegszeit beschränken. Legen wir einen längeren Vergleichszeitraum zugrunde, dann relativiert sich der Eindruck.

Wir diagnostizieren dann andere Phänomene, die seit den 1980er- und 1990er-Jahren effektiv neu sind: Erstens intervenieren global operierende Grossunternehmen heute in einer Weise in die nationale Politik und Gesetzgebung, die historisch ohne Vorbild ist. Zweitens kehren Digitalisierung und Big Data die Kontrollmöglichkeiten und Machtbeziehungen zwischen «Wahlvolk» und Politikern auf folgenschwere Weise um. Drittens stellen wir allenthalben neue Formen einer Basisaktivierung fest, die einerseits als demokratische Partizipation, andererseits aufgrund der dominierenden Rolle bessergestellter Gruppen als antiegalitäre Tendenz bewertet werden können. Viertens bauen sich in verschiedenen Technikfeldern - allen voran in der Reproduktionstechnologie und jetzt gerade mit der pränatalen Diagnostik - neue Ungewissheiten auf, die einem traditionellen Freiheitsverständnis ans Mark - oder in die Keimbahn - gehen und die durchzustehen die Demokratie erst noch lernen muss.

Abwehr von rechts - und links

Zusammengefasst legen es diese Ausführungen nahe, das Fragezeichen im Titel des Essays stehen zu lassen. Es führt nirgendwohin, wenn wir davon ausgehen, dass es bisher eine voll potente Volkssouveränität gab, die nun durch Einflüsse von aussen einer Schrumpfung ausgesetzt ist. Es gilt vielmehr, gerade in umgekehrter Richtung, über die systematischen Beschränkungen der Volkssouveränität im nationalstaatlichen Rahmen nachzudenken.

Konservative Sprüche wie «We want our country back» sind bekannt. Sie kommen dann am besten an, wenn sie durch die schrecklichen Erinnerungen an Kriege und Gewaltanwendung, die mit dem Nationalprinzip verbunden sind, abgedämmt werden. Zu denken geben muss, dass auch linke Verteidiger der Demokratie heute auf ein solches nationales Abwehrdispositiv setzen wollen. So fordert etwa Pierre Rosanvallon eine «Renationalisierung der Demokratie», und der Kapitalismustheoretiker Wolfgang Streeck sieht eine wichtige Aufgabe darin, die «nationale Restdemokratie» zu retten. Auch kluge Analysen können also in politischen Auslaufmodellen enden.

Die Alternative, die es zu stärken gilt, besteht gerade umgekehrt in einer grenzüberschreitenden Demokratie, die auf neue Weise mit dem Konzept der politischen Souveränität verbunden werden kann. Die Europäische Union etwa ist deshalb ein Freiheits- und Friedensprojekt, weil sie die destruktiven Kräfte des Nationalstaates in überstaatliche Modelle der Kooperation und neuer Sou-

veränität eingebunden hat. Sie stellt, wie sich Jan-Werner Müller in seinem Buch über das «demokratische Zeitalter» ausdrückt, «die wichtigste und erfolgreichste institutionelle Neuerung seit der Entstehung des demokratischen Wohlfahrtsstaates» dar. Dafür hat sie 2012 den Friedensnobelpreis bekommen.

Bis heute kann niemand sagen, wie die bedrohlichen Kriegsszenarien und Hegemonieansprüche in Europa anders eingedämmt werden können als mit einer Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses. Trotzdem ist das Vertrauen in die europäischen Institutionen in den letzten Jahren gesunken. Es liegt zwar immer noch über jenem in die Nationalstaaten, aber die einstige Zuversicht ist angeschlagen. Die plebiszitäre Versenkung des europäischen Verfassungsprojekts im Jahre 2005 und die zwei Jahre darauf einsetzende globale Finanzmarkt- und Eurokrise setzten den EU-Institutionen hart zu. Allenthalben schiessen nationalistische, EU-skeptische oder ablehnende Kräfte ins Kraut. Gerade die aktuelle humanitäre Flüchtlingskatastrophe wird als Beispiel genommen, dass die EU versagt und die schönen Werte, die sie für sich reklamiert, nicht verteidigt.

Alleingänge verhindern kluge Politik

Dass auch Liberale und Linke in dieses EU-Bashing einstimmen und das Bild einer «Festung Europa» heraufbeschwören, ist bedenklich. Abgesehen davon, dass dieses Schlagwort aus dem Vokabular des Nationalsozialismus stammt, was seine Verwendung bis heute kontaminiert, ist die Argumentationsvoraussetzung falsch. Viele Sozialwissenschaftler haben schon in den 1990er-Jahren festgehalten, dass die Angst vor einer sogenannten Überflutung Europas mit Flüchtlingen unbegründet ist. Und sie haben eine auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte und verschiedene Massnahmen kombinierende europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik gefordert.

Wieso es dazu nicht kam, hat die Soziologin Saskia Sassen 1996 luzide dargestellt: Während die Europäisierung, aber auch die Globalisierung den Entscheidungsraum der nationalstaatlichen Demokratie in einer ganzen Reihe von wichtigen Policy-Feldern wie der Nahrungs-, der Sozial- und der Steuerpolitik oder der Produktion öffentlicher Güter zurückdrängt, nimmt die nationale Kompetenz in der Migrationspolitik zu. Ausgerechnet in diesem neutralen Problemfeld konservieren Nationalstaaten erfolgreich die historische Volkssouveränität, laden sie fremdenfeindlich auf und verbinden sie mit Geschichtsmythen, die Abhaltung und Rückweisung legitimieren sollen. Allenthalben gibt es Sonderzüge, Alleingänge, erklärt man sich für nicht zuständig. Das verhindert, dass die EU überhaupt in die Lage kommen könnte, in gemeinsamer Aktion eine wissenschaftlich fundierte, humanitäre Kriterien genügende und auch politisch kluge Flüchtlings- und Migrationspolitik zu entwickeln.

Es fällt auf, dass sich die Schweiz als Nichtmitglied der EU bestens in dieses Bild einfügt. Auch hierzulande pocht man auf mehr nationale Steuerung der Migration. Nationalistische Strömungen folgern aus dem durch nationale Lernblockaden verschärften Krisenzustand, dass die EU nicht funktioniere und dass man das Problem mit mehr Nationalismus angehen müsse. Italien solle doch einfach das «Mare nostrum» schliessen.

Die Schweiz verschenkt ihr Potenzial

Konstruktives Denken geht in die andere Richtung. Wie bei der Flüchtlingspolitik, so kann auch bei der europäischen Einheitswährung, der Friedenssicherung, der Sozial- und der Umweltpolitik, der Banken- und der Arbeitsmarktregulierung sowie in weiteren Bereichen die Lösung nicht beim Volkssouverän des Nationalstaates ansetzen. Es gilt deshalb, das Postdemokratie-Problem aus seiner Verklammerung mit der nationalstaatlichen Geschichte der Demokratie herauszulösen und auf eine europäische Ebene zu transponieren. Die Lösung liegt dann durchaus in mehr Europa - allerdings in etwas komplexerer Weise, als dies eine blosser Fortschreibung der EU nahelegt. Was - durchaus riskant - gesucht werden muss, ist eine neue Konzeption auf mehreren Ebenen, in denen sich verschiedene demokratische Praktiken verschränken und die zugleich mit globalen Institutionen interagieren. Das an der Universität Zürich entwickelte Konzept einer «Demoikratie» macht dazu einen interessanten Vorschlag, versucht es doch, nationalstaatlich verfasste Demoi (Volk in der Mehrzahl) in eine europäische Entscheidungsmatrix einzubeziehen und zugleich lokale, urbane und regionale Modelle einer politischen Gestaltung von Gesellschaft zu erproben.

Victor Hugo konstatierte 1859, dass die Schweiz in der Geschichte das letzte Wort habe. Leider hat er die Schweizer mit den Tirolern verwechselt. Das gibt Anlass zu einer letzten transnationalen Feststellung: Die Schweiz leistet sich heute einen Mythos der Volkssouveränität, der sie ziemlich viel an operativer Souveränität kostet. Beim sogenannten autonomen Nachvollzug handelt es sich faktisch um die automatische Übernahme des Gemeinschaftsrechts der EU. Da, wo die Schweiz Europa etwas zu bieten hätte - nämlich in Sachen Bürgerrechte und Subsidiarität, die im Maastricht-Vertrag ja auch wörtlich als wichtige Ziele der EU erwähnt werden -, nimmt sie ihre Chance nicht wahr. So viel Potenzial zu verschenken, das kann sich auch dieses Land auf Dauer nicht leisten. So wird uns die Europa-Frage auch längerfristig beschäftigen, was durchaus Perspektiven für einen Post-Professor eröffnet.

«Erholung verpufft rasch»

Die Psychologin Christine Syrek weiss, wie man richtig Ferien macht. Auf die Dauer komme es gar nicht an. Wichtig sei, früh und richtig abzuschalten.



«Die Vorfreude ist wesentlich»: Ferienforscherin Christine Syrek. Foto: Christoph Papsch (Laif)

Mit Christine Syrek sprach Michèle Binswanger

Wieso braucht der Mensch eigentlich Urlaub?

Erholung in der Freizeit ist wichtig für Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit - und um Ressourcen aufzubauen. Wenn das nicht stattfindet, häufen sich Stressreaktionen und führen zu negativen Gesundheitsfolgen. Im Urlaub sind wir den Stressfaktoren auf der Arbeit für einen längeren Zeitraum nicht mehr ausgesetzt.

Was hat es denn genau für eine Wirkung auf uns, wenn wir Ferien machen?

Die Leute sind nach dem Urlaub nicht nur messbar zufriedener, gesünder und fühlen sich wohler, sie sind auch kreativer, mental flexibler und hilfsbereiter. Sie strengen sich mehr an und bleiben weniger abwesend. Zudem sind sie leistungsfähiger, was empirisch belegt ist. Das gilt für die Selbsteinschätzung der Mitarbeiter, aber auch für Führungskräfte. Vom Urlaub profitieren also sowohl die Mitarbeiter als auch die Unternehmen.

Haben diese Effekte damit zu tun, dass die Leute sich in den Ferien so gelangweilt haben, dass sie froh sind, wieder arbeiten zu können?

Es geht eher darum, Ressourcen zu regenerieren und neue Ressourcen aufzubauen. Natürlich ist es erholsam, nicht aufstehen und zur Arbeit gehen zu müssen, aber die Sache ist komplexer. Im Urlaub

Christine Syrek

Psychologin

Die promovierte Psychologin Christine Syrek lehrt an der Universität Trier. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Work-(Learn)-Life-Balance, Arbeitsstress und Erholung. (TA)

gehen wir Aktivitäten nach, die uns Spass machen. Wir bekommen neue Eindrücke und entwickeln neue Blickwinkel, wir lernen neue Fähigkeiten wie Surfen oder verbessern unsere Fremdsprachkenntnisse. Wir beschäftigen uns mit anderen Themen als sonst und lernen neue Menschen kennen. Dadurch bauen wir Ressourcen wie Kreativität, neue Fähigkeiten oder soziale Unterstützung auf.

Arbeit bedeutet ja auch, dass wir einem Unternehmen unsere Zeit zur Verfügung stellen. Haben wir im Urlaub auch frei von der Idee, produktiv sein zu müssen?

Tatsächlich ist der Faktor, seine Zeit frei gestalten zu können, für die Erholung entscheidend. Dieses Autonomie- oder Kontrollerleben bedeutet, dass man das tun kann, was Spass macht. Was genau man tut, ob man sozial aktiv ist, Sport treibt oder eher passiven Aktivitäten nachgeht, ist nicht so entscheidend. Wichtig ist, was man dabei empfindet. Sechs Prinzipien sind förderlich für die Erholung: 1. Wenn wir Aktivitäten nachgehen, bei denen wir von der Arbeit abschalten. 2. Wenn wir entspannenden, ruhigen Aktivitäten nachgehen. 3. Wenn wir das tun, wonach uns ist. 4. Wenn wir uns Herausforderungen stellen und etwas Neues lernen. 5. Wenn wir unsere Tätigkeiten als sinnvoll erleben. Und wenn wir uns 6. sozial verbunden fühlen. Für jeden sind andere Aktivitäten förderlich.

Nun gibt es ja positiven und negativen Stress. Sind Ferien nur für diejenigen sinnvoll, für die Arbeit negativer Stress bedeutet?

Nein. Positiver Stress führt zwar dazu, dass ich gerne arbeite, mich anstrengte und kreativ beteilige und in der Arbeit aufgehe. Aber auch positiver Stress ist Stress und beansprucht Ressourcen. Dadurch wirkt auch positiver Stress auf unser Wohlbefinden, und langfristig wird die Gesundheit ähnlich beeinträchtigt wie bei negativem Stress. Der

Mensch braucht Erholungsphasen, um sich zu regenerieren. Wenn in der Freizeit dieselben Funktionssysteme beansprucht werden wie bei der Arbeit, fühlt man sich irgendwann ausgelaugt.

Das heisst, der Mensch braucht Abwechslung, damit er seine Batterien aufladen kann?

Ein Grundmodell in der Erholungsforschung ist das sogenannte Effort-Recovery-Modell. Es besagt, dass durch Arbeit und die damit verbundene Anstrengung Beanspruchung auftritt. Um sich zu erholen, müssen erst die belastenden Anforderungen wegfallen, und ich muss andere Funktionssysteme fordern. Sport etwa dient als Ausgleich zu geistiger Arbeit der Erholung, aber nicht, wenn ich vorher körperlich sehr aktiv war. Deshalb ist es wichtig, in den Ferien von der beruflichen Verpflichtung abzulassen, selbst wenn die Arbeit uns viel bedeutet. Dabei ist auch der Schlaf entscheidend, unsere nächtliche und lebensnotwendige Erholungsphase. Wenn Stress chronisch in den Schlaf übergreift, besteht langfristig die Gefahr eines Burn-outs.

Bringen längere Ferien mehr Erholung?

Nein. Studien zeigen übereinstimmend, dass es nicht auf die Urlaubsdauer ankommt. Wichtiger ist, dass privater oder beruflicher Stress direkt vor dem Urlaub sich negativ auf die Erholung auswirkt. Viel Unerledigtes vor den Ferien beeinträchtigt die Entspannung. Auch zeigt sich, dass die Erholung nach dem Urlaub sehr schnell wieder verpufft. Dies liegt daran, dass viele Personen nicht richtig abschalten, weil sie mit ihren Smartphones Mails checken.

Viele Leute stresst am Ende ihres Urlaubs die Vorstellung, wieder zurück ins Büro zu müssen. Was kann man dagegen tun?

Tatsächlich gibt es eine Urlaubserholungskurve. Diese steigt zu Beginn langsam an, gegen Mitte des Urlaubs erreichen wir das höchste Level, und gegen Ende lässt der Effekt wieder nach, weil wir schon antizipieren, was im Büro auf uns zukommt.

Man sollte also mit der Erholung gut haushalten. Wie macht man das?

Vor dem Urlaub sollte man nach Möglichkeit die Arbeitsbelastung reduzieren, nicht alles auf den letzten Drücker machen und wichtige Projekte vor dem Urlaub abschliessen. Dann sollte man Vertretungsregelungen finden und Kunden gegenüber kommunizieren, dass man nicht da sein wird. Wenn wir vor den Ferien noch ein Riesenpensum zu erledigen haben, beschäftigen wir uns manchmal erst im Flieger auf dem Weg in die Ferien gedanklich mit Urlaub. Dabei ist gerade die Vorfreude auf den Urlaub wesentlich für die Erholung.

Wie kann man denn die Erholung möglichst lange mitnehmen?

Die finnische Urlaubsforscherin Jessica de Bloom beschreibt, dass wer die Erinnerung pflegt, auch die Erholung ein Stück weit konservieren kann. Das heisst, sich in den Wochen danach mit den positiven Erinnerungen zu beschäftigen, sich die Bilder anzuschauen, Gespräche mit Miturlaubenden zu suchen. Hier zeigen sich die positiven Möglichkeiten der Smartphones: Bilder, Musik, Videos lassen sich gut aus dem Urlaub mitnehmen.

Was ist denn mit dem guten alten Müssiggang - also seine Zeit zweckfrei zu verbringen?

Müsiggang ist nicht per se schlecht, aber auch nicht per se erholsam. Nach Feierabend oder im Kurzurlaub etwa sind herausfordernde Aktivitäten sinnvoller, um morgens weniger müde und guter Stimmung zu sein. Da sind passive Aktivitäten eher nicht mit gesteigertem Wohlbefinden verbunden. Im Sommerurlaub gehört der Müssiggang für die meisten dazu. Wenn wir dann etwas faulenzten, stellt sich der positive Effekt auch langfristig ein.

Hat das auch mit Konditionierung zu tun, dass der Sommer eigentlich die einzige Zeit ist, in der wir uns erlauben, auch mal nichts zu tun?

Ja, viele von uns haben dieses Bild vom Sommerurlaub: Hängematte, Sandstrand, Palmen, Nichtstun. Für viele sind die Sommerferien mit dem Ziel verbunden, einmal im Jahr wirklich nichts zu tun, als sich zu entspannen, an Orte zu fahren, an denen man sich nicht gross anstrengen wird. Wenn wir im Urlaub tun, was uns selbst am wichtigsten ist, erholen wir uns auch besser.

Darf man mit den Arbeitskollegen in Urlaub fahren, ohne die Erholung zu gefährden?

Wenn man zusammen entspannt, gemeinsamen Aktivitäten nachgeht und positive Erfahrungen macht, spricht nichts dagegen. Aber man sollte sich nicht zu viel mit der Arbeit beschäftigen. Personen, die negativ an die Arbeit denken, erholen sich weniger als die Urlauber, die von der Arbeit abschalten und gedanklich loslassen.